

INFORMATIONEN

1. SE 1975

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1975 – Juni

1. Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die Bundesregierung verkündet seit Monaten den wirtschaftlichen Aufschwung. Trotz dieses regierungsoffiziellen Optimismus ist noch kein Anzeichen für eine durchgreifende Verbesserung der konjunkturellen Lage zu erkennen. Industrielle Produktion und industrielle Auftragseingänge weisen unverändert nach unten. Das Bruttosozialprodukt ist seit nahezu einem Jahr real rückläufig.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich auch im Frühjahr weiter verschlechtert, sieht man einmal von saisonalen Effekten ab. Immer noch sind nahezu zwei Millionen Arbeiter und Angestellte von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit direkt betroffen, fast ein Zehntel der Arbeiterklasse der Bundesrepublik.

Eine Verbesserung der Beschäftigungssituation kann zumindest im Jahre 1975 nicht erwartet werden. Selbst das optimistische Frühjahrsgutachten der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute der BRD rechnet für das laufende Jahr mit rund 900 000 Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt.

Fast alle für die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage maßgeblichen Faktoren weisen zur Zeit negative Kennziffern auf.

Die Exportnachfrage hat sich zum Jahresbeginn drastisch verringert. Der Welthandel stagniert, alle wichtigen Handelspartner der Bundesrepublik kämpfen ebenfalls mit der Rezession.

Die niedrigen Tarifabschlüsse der letzten Monate haben in Verbindung mit der rückläufigen Beschäftigung die realen Arbeitseinkommen absolut gesenkt. Auch für die nähere Zukunft werden sie weiter sinken, so daß die wichtigste Bestimmungsgröße der Inlandsnachfrage ebenso wie die Auslandsnachfrage rückläufig bleibt. Zudem veranlaßt die unsichere Einkommens- und Beschäftigungslage die Arbeiter und Angestellten, einen wachsenden Anteil ihrer Ein-

kommen als „Notgroschen“ zurückzulegen.

Auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen hat sich noch nicht belebt. Die realen Anlageinvestitionen sinken. Die Investitionsprämie der Bundesregierung hat bisher noch kaum positive Wirkungen gezeigt, wenn auch für eine abschließende Beurteilung noch die statistischen Daten fehlen. Alle vorläufigen Informationen bestätigen, daß es sich bei der Prämie allein um ein Geschenk an die expandierenden großen Konzerne ohne nennenswerte konjunkturelle Effekte handelt.

Allein die staatliche Nachfrage expandiert, ohne jedoch die negativen Effekte der übrigen gesamtwirtschaftlichen Nachfragegrößen kompensieren zu können.

Die öffentlichen Ausgaben stoßen dabei auf die Grenzen der Finanzierungsmöglichkeiten, so daß die öffentliche Verschuldung sprunghaft zunimmt. Diese Entwicklung birgt die Gefahr in sich, daß die Kreditschöpfung des Staates die kaum verminderten Preissteigerungen erneut ankurbelt.

Die Preisentwicklung belastet seit einigen Monaten bei kaum veränderter Gesamtsituation in wachsendem Maße die unteren Einkommensschichten. Besonders die Preise für Grundbedürfnisse, für Lebensmittel und für Wohnen, haben sich gegenüber 1974 beschleunigt erhöht. Die Arbeiter und Angestellten, die Rentner und die kinderreichen Familien werden zur Zeit verstärkt zur Kasse gebeten.

Noch stärker als in der Krise 1966/67 besteht heute die Gefahr, daß die Unternehmer sich in der Rezession einen Vorsprung der Gewinne verschaffen, der im Aufschwung von den Löhnen kaum noch aufzuholen ist. Konjunkturpolitisch aber trägt eine solche Einkommensdisparität das Moment einer neuen Krise schon in den Aufschwung hinein.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

- 1.1 Sozialprodukt
- 1.2 Produktion
- 1.3 Investitionen
- 1.4 Außenwirtschaft

2 Unternehmertgewinne und Konzentration

- 2.1 Unternehmertgewinne
- 2.2 Konzentration

3 Lage der Arbeiterklasse

- 3.1 Bruttolöhne und -gehälter
- 3.2 Steuern und Abgaben
- 3.3 Nettolöhne und -gehälter
- 3.4 Preise
- 3.5 Reallohnentwicklung
- 3.6 Einkommensverteilung
- 3.7 Beschäftigung

1.1 Sozialprodukt

Auch in den ersten Monaten des Jahres 1975 war das Brutto- sozialprodukt weiter rückläufig. Im vierten Quartal 1974 lag es real um 2,2 Prozent unter dem Vorjahresstand. Von saisonalen Unregelmäßigkeiten bereinigt, erreichte es nur noch den Stand vom ersten Quartal 1973 (DIW-Wochenbericht 8/75). Im ersten Quartal 1975 lag das Brutto- sozialprodukt sogar um etwa 3 Prozent unter dem Vorjahresstand (Informationsdienst des Instituts der Deutschen Wirtschaft, v. 15. 5. 75). Diese Entwicklung wird sich mit Sicherheit noch einige Zeit fortsetzen.

Entwicklung des Brutto- sozialprodukts gegenüber dem Vorjahr

	In jeweiligen Preisen		In Preisen von	
	Mill. DM	In %, geg. Vorjahr	Mill. DM	In %, geg. Vorjahr
1974, 1. Hj.	476 600	+ 6,6	294 400	+ 1,3
2. Hj.	518 900	+ 7,4	301 900	- 0,5
1975, 1. Hj. ¹	508 500	- 6,5	290 500	- 1,5

¹ Projektion des Gemeinschaftsgutachtens der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute vom 26. 4. 75 (Quellen: Wirtschaft und Statistik, 2/75, S. 79; DIW-Wochenbericht 18-19/75, S. 150)

Damit befindet sich die Bundesrepublik in der längsten Periode des realen Wachstumsverlustes seit Bestehen. In der Krise 1966/67 war das Brutto- sozialprodukt nur während eines Halbjahrs rückläufig.

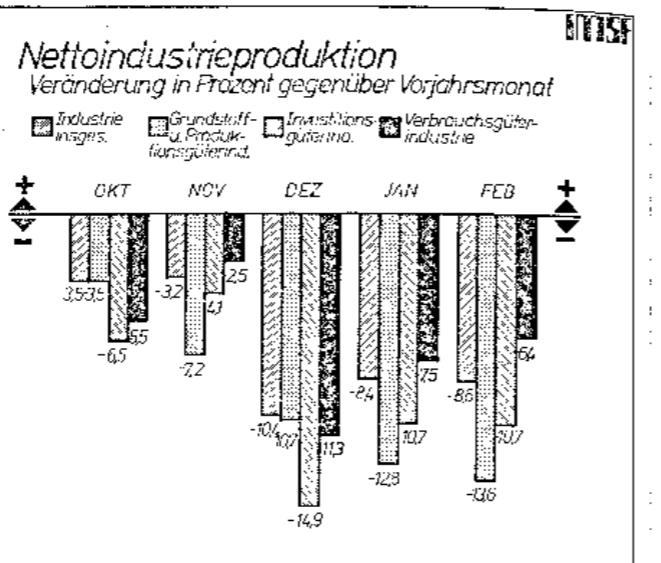
Das Gemeinschaftsgutachten erwartet erst für das zweite Halbjahr 1975 wieder ein positives Wirtschaftswachstum. Diese Annahme stützt sich auf die Hoffnung, daß sich die Binnen- nachfrage, d. h. vor allem der private Verbrauch, im weiteren Jahresverlauf „deutlich beleben“ wird (DIW-Wochenbericht, 18-19/75, S. 147). Die Institute setzen dabei ihre Hoffnung auf die Auswirkungen der Steuerreform und auf Nachzahlungen aus den Tarifabschlüssen der ersten Monate des Jahres 1975. Die Fragezeichen dieser Prognose sind sehr groß. Denn die niedrigen Tarifabschlüsse lassen für das laufende Jahr eher sinkende Realeinkommen als wahrscheinlich erscheinen. Diese Tatsache und die anhaltende Unsicherheit besonders der Beschäftigungssituation weisen vielmehr darauf hin, daß für eine nachdrückliche Belebung der Massennachfrage die Grundlage fehlt.

Die Prognose für das zweite Halbjahr ist also mit erheblicher Unsicherheit behaftet. Es ist keineswegs auszuschließen, daß die Rezession und der Sozialproduktsrückgang auch noch im zweiten Halbjahr 1975 anhalten werden, so daß die Wachstumsverluste insgesamt noch erheblich zunehmen können.

1.2 Produktion

Der Sozialproduktsrückgang ist in erster Linie von der Entwicklung der Industrieproduktion bestimmt. Seit August 1974 sind die industriellen Produktionsziffern negativ. Das Niveau lag Ende 1974/Anfang 1975 um rund 10 Prozent unter dem Vergleichszeitraum des Vorjahrs. Allein der Produktionsrückgang der Industrie „kostet“ zur Zeit monatlich mehr als 5 Mrd. DM, gerechnet in Preisen von 1973. Zum Vergleich: Der Bun-

deshausstand 1975 sieht z. B. für den Bereich Bildung/Wissenschaft 4,4 Mrd. DM vor. Schon bei einer wirtschaftlichen Entwicklung, die extreme Wachstumsschwankungen vermeidet, könnten enorme zusätzliche Mittel bereitgestellt werden. Diese Mittel würden ausreichen, um in kurzer Frist viele schon lange ausstehende soziale Reformen zu finanzieren.



Nettoindustrieproduktion in Prozent gegenüber Vorjahresmonat

Auch ein Vergleich mit den Vormonaten unter Ausschaltung von Saisonschwankungen läßt keine Belebung erkennen. Im Zeitraum Januar/Februar war die Industrieproduktion saisonbereinigt um rund 1,5 Prozent niedriger als im Zeitraum November/Dezember 1974.

Ein Blick auf die wichtigsten industriellen Branchen zeigt, daß die Krise sich seit einigen Monaten auf alle Bereiche der industriellen Tätigkeit erstreckt.

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974/75 gegenüber dem gleichen Monat des Vorjahres¹

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.
Industrie insgesamt	-3,5	-3,2	-10,4	-8,4	-8,6
Bauindustrie	-7,7	-3,7	+0,6	-8,3	-14,0
eisenschaffende Industrie	-6,5	+1,8	-1,7	-6,2	-13,9
Chemische Industrie	-2,0	-7,9	-16,8	-16,1	-15,1
Maschinenbau	-3,7	+0,7	-12,5	-5,1	-9,5
Straßenfahrzeugbau	-11,2	-14,7	-10,8	-19,7	-12,6
Elektrotechnische Industrie	-6,2	-1,7	-13,7	-9,8	-12,9
Textilindustrie	-3,4	-2,6	-9,6	-31,2	-5,3
Bekleidungsind.	-2,2	+10,1	+6,3	-0,1	+3,8
Ernährungsind.	-0,9	+1,3	-5,2	-3,5	-0,3

¹ Differenzen sind Ergebnis unterschiedlicher Abgrenzungsmethoden (Quelle: Wirtschaft und Statistik, 3/75, S. 156 u. 157; 4/75, S. 219 f.)

Auch der Straßenfahrzeugbau, der infolge von Sonderentwicklungen bereits seit Ende 1973 negative Produktionsziffern aufweist, befindet sich noch immer in einer Periode rückläufigen Wachstums.

Produktion von Straßenfahrzeugen im 1. Quartal 1975 gegenüber dem 1. Quartal 1974

	In 1000 Einheiten		
	t. Quartal 1974	1. Quartal 1975	Veränderung in %
Straßenfahrzeuge insgesamt	910	675	-25,8
darunter:			
PKW	770	559	-27,5
LKW	55	56	+ 2,5

Veränderung der Nettoindustrieproduktion 1974/75 geg. dem Vorjahr in Prozent¹

	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März
Industrie insg.	-3,5	-3,2	-10,4	-8,4	-8,6	-5,7
Grundstoff- u. Produktionsgüterind.	-3,5	-7,2	-10,7	-12,8	-13,6	-14,2
Investitionsgüterind.	-6,5	-4,1	-14,9	-10,7	-10,7	-2,8
Verbrauchsgüterind.	-5,5	-2,5	-11,3	-7,5	-6,4	-5,9

¹ Veränderungen in den Monatszahlen gegenüber den vorangegangenen Infos ergeben sich durch nachträgliche Korrekturen des Statistischen Bundesamtes (Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 63; FAZ v. 18. 5. 75)

Die leichte Zunahme bei der Produktion von Lkw ist offensichtlich auf zusätzliche Bestellungen im Zusammenhang mit der Investitionsprämie zurückzuführen. Unternehmen dürfen, um die Prämie in Höhe von 7,5 Prozent auszunutzen, dazu übergegangen sein, ohnehin in absehbarer Zeit vorgesehene Ersatzanschaffungen vorzunehmen.

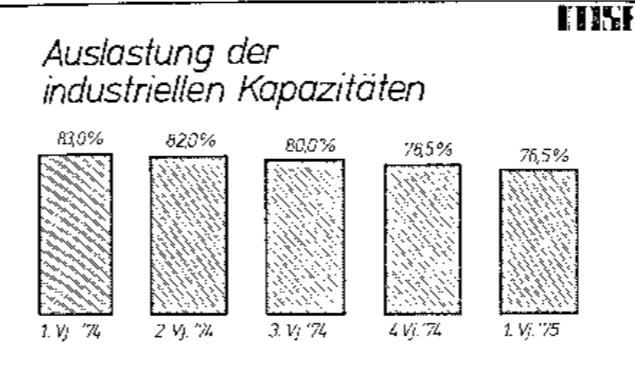
Obwohl die Investitionstätigkeit seit einiger Zeit rückläufig ist und die Kapazitäten infolgedessen kaum noch erweitert werden, ist die Auslastung der Produktionsanlagen noch immer rückläufig. Der Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten sinkt ununterbrochen seit dem 2. Quartal 1973. Damals lag die Auslastung bei gut 85 Prozent. Der höchste Auslastungsgrad des abgelaufenen Konjunkturzyklus war im ersten Quartal 1970 mit 92 Prozent erreicht worden.

Allerdings ist seit dem 2. Vj. 1974 die Differenzierung zwischen Investitionsgüter- und Verbrauchsgüterindustrien weitgehend beseitigt worden. Die Zahlen für das 1. Vj. 1975 zeigen, daß die von den Konsumgütern produzierenden Branchen ausgegangene zyklische Krise sich seit einigen Monaten voll auf die vorgelagerten Bereiche auswirkt.

Auslastungsgrad der industriellen Kapazitäten in Prozent

	1974	1975			
	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.	1. Vj.
Gesamte Industrie	83,0	82,0	80,0	78,5	76,5
Investitionsgüterindustrie	84,0	83,0	80,5	79,5	76,5
Verbrauchsgüterindustrie	83,0	83,0	81,0	79,0	78,5

(Quelle: Ifo-Konjunkturindikatoren, in: Wirtschaftskonjunktur, 4/75,



Auslastung der industriellen Kapazitäten

Während Produktion und Kapazitätsauslastung weiter sinken, konzentriert sich die Diskussion um den Zeitpunkt des prognostizierten Aufschwungs vor allem auf die Entwicklung der industriellen Auftragseingänge. Wertmäßig ist dieser Index erst seit Dezember 1974 rückläufig. Da er jedoch durch die Preisentwicklung verzerrt und aufgeblättert wird, ist er nominal nur begrenzt aussagekräftig. So lagen die Auftragseingänge der verarbeitenden Industrie im Jahre 1974 wertmäßig noch um 8,4 Prozent über dem Vorjahresergebnis. Real, d. h. volumenmäßig, waren sie um 5,1 Prozent niedriger (Wirtschaft und Statistik, 3/75, S. 185).

Industrielle Auftragseingänge 1974/75 in Prozent gegenüber dem gleichen Vorjahresstand.

	Industrie insgesamt	Grundstoff-Industr.	Investitions-güterindustr.	Verbrauchs-güterindustr.
Oktober	+ 11,8	+ 14,6	+ 10,5	+ 10,1
November	+ 1,4	+ 0,2	+ 3,0	0,0
Dezember	- 1,5	- 4,7	- 2,2	- 4,9
Januar	- 2,4	- 10,9	- 8,0	- 11,7
Februar	- 4,9	- 15,3	+ 4,6	- 9,5
März	- 12,2	- 16,5	- 8,5	- 13,6

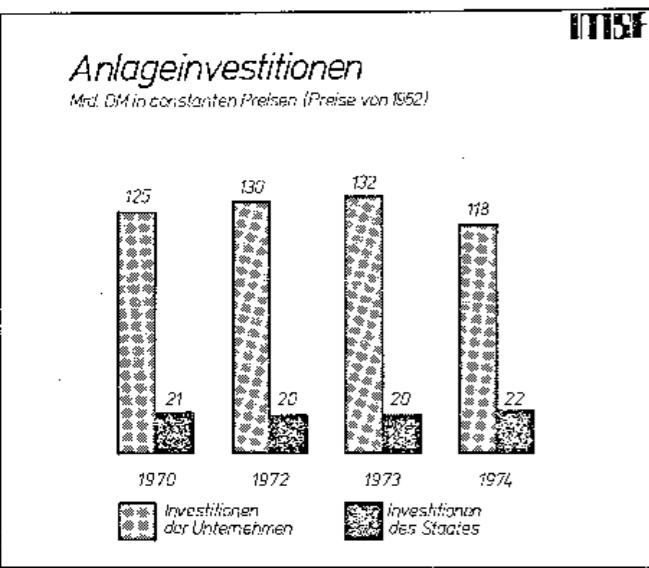
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 64; FAZ v. 6. 5. 75)

Im Durchschnitt der ersten drei Monate des Jahres 1975 lagen die Auftragseingänge nominal um 6,8 Prozent unter dem Vorjahresstand. Schaltet man die Preissteigerungen aus, dann dürfte das Volumen der Auftragseingänge rund 17 Prozent

Anlageinvestitionen (Mrd. DM)

	Insgesamt		der Unternehmen		des Staates	
	In konst.	In % geg. Vorjahr	In konst.	In % geg. Preisen ¹ Vorjahr	In konst.	In % geg. Preisen ¹ Vorjahr
1971	146	÷ 4,5	125	÷ 5,9	21	-
1972	150	÷ 2,7	130	÷ 4,0	20	- 4,9
1973	152	÷ 1,1	132	÷ 1,4	20	- 0,9
1974	140	- 7,9	118	- 10,6	22	÷ 9,7

1. In Preisen von 1962
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 2/75, S. 80)

Anlageinvestitionen der Unternehmen und des Staates
In Preisen von 1962

Vor allem im Jahre 1974 haben die privaten Investitionen stark abgenommen. Dagegen ist es dem Staat gelungen, die öffentlichen Investitionen geringfügig auszuweiten, nachdem sie in den vorangegangenen Jahren hinter den privaten Investitionen zurückgeblieben waren. Allerdings wurde das Niveau des Jahres 1971 nur wenig überschritten. Insgesamt ist auch 1974 die antizyklische Wirkung der öffentlichen Investitionstätigkeit unzureichend gewesen. Vor allem ist es nicht gelungen, den Rückgang der privaten Investitionen auszugleichen.

Untersucht man, wie sich der Investitionsrückgang auf die Unternehmen verteilt, dann fällt auf, daß die großen Konzerne ihre Investitionspläne vergleichsweise unabhängig von Konjunkturschwankungen aufstellen und realisieren. Für das Jahr 1974 gilt, daß die meisten monopolartigen Gesellschaften ihre Investitionstätigkeit ausgedehnt haben. Dort, wo Investitionsprogramme gekürzt wurden, waren diese Kürzungen im Rahmen der Konzernstrategie ohnehin vorgesehen.

Investitionen ausgewählter Konzerne (Mill. DM)

	1972/73	1973/74	1974/75 ¹
VW	642	1026	-
AEG	444	438	-
Bayer	1213	1136	1800
BASF	1170	1390	1770
Hoechst	1060	1500	2800
Mannesmann	292	230	-
Philips	1005	1491	-
Akzo	549	799	-
Salzgitter	350	460	500
BBC	165	165	-
Thyssen	929	871	1200
Siemens	954	1183	-

1. Geplante Investitionen: ... noch nicht ermittelt
(Quellen: Verschiedene Presseberichte; Angaben bei Jörg Hufschmidt; Zum Charakter der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/75, S. 403)

Die hier aufgeführten Konzerne (8 von ihnen gehören zu den 20 größten Unternehmen der BRD) steigerten die Investitionen

insgesamt um 21,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Auch die bekannten Planungen für 1975 lassen erkennen, daß die Pläne meist auf Expansion gerichtet sind.

Dabei zeigt sich, daß kurzfristige Bewegungen der Ertragslage die Investitionstätigkeit kaum berühren. Während VW über eine vergleichsweise schlechte Gewinnsituation klagt, konnte es die Investitionen kräftig ausweiten. Dagegen schränkten die Stahlkonzerne Mannesmann und Thyssen — deren Gewinne Rekordhöhen erreichten — die Investitionen etwas ein.

Diese Tatsachen stellen vor allem eine Kritik an den wirtschaftspolitischen Maßnahmen der Bundesregierung dar. Denn die Investitionsprämie geht ja davon aus, daß die Investitionen infolge mangelhafter Gewinne reduziert wurden. Weder von mangelhaften Gewinnen noch von insgesamt rückläufigen Investitionen konnte und kann bei den großen Unternehmen die Rede sein.

So erwartet der Finanzchef der Thyssen AG, Dr. Kuhn, nach eigenen Angaben aus der Investitionsprämie etwa 50 Mill. DM. (Das dürfte noch untertrieben sein.) „Die Investitionszulage habe im übrigen keinen Einfluß auf die Planungen gehabt, die bereits vor Bekanntwerden der Regierungspläne genehmigt waren. Allerdings habe man mit der Erteilung der Aufträge dann gewartet, bis die Bonner Beschlüsse in Kraft traten.“ (Zitiert nach: HB v. 28. 4. 75)

Deutlicher kann die wirkliche Funktion der Investitionsprämie wohl kaum beschrieben werden: ein Geschenk an die Konzerne, ohne jede positive konjunkturpolitische Auswirkung.

Der oben dargestellte Zuwachs der Investitionstätigkeit erfolgte in besonders starkem Maße im Ausland, wenn auch der Hauptanteil auf die BRD entfällt. Unternehmen und Privatpersonen aus der BRD haben 1974 insgesamt 4,53 Mrd. DM im Ausland investiert. Das war zwar weniger als 1973, einem Jahr, in dem die Fusion von Hoesch-Hoogovens erfolgte, aber erheblich mehr als in den Jahren davor (Bundesministerium für Wirtschaft, zit. in: FAZ v. 19. 3. 75).

Die Zunahme an Auslandsinvestitionen erklärt jedoch nicht den absoluten Investitionsrückgang in der BRD. Es sind vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, die von der Krise besonders hart getroffen wurden und daher nicht in der Lage waren, ihre Investitionstätigkeit im alten Umfang aufrecht zu erhalten. Ihre wirtschaftliche Situation wird durch die hohe Zahl der Konkurse gekennzeichnet, die fast ausschließlich kleine und mittlere Betriebe getroffen haben.

Für diesen Bereich aber wird die Investitionsprämie kaum Auswirkungen haben. Denn dort fehlen nicht nur die Mittel für Investitionen, es sind auch die Absatzmöglichkeiten so ungünstig, daß eine Ausdehnung der Investitionstätigkeit kaum geraten erscheint. Während die Konzerne langfristige Investitionspläne auch dann finanzieren können, wenn konjunkturelle Schwankungen zeitweilig die Auslastung verringern, fehlen den Kleineren zu einer solchen Investitionspolitik die finanziellen Rücklagen. Zudem können sie die Kosten einer Minderauslastung nur schwer durch die Preispolitik ausgleichen, da ihr Einfluß auf dem Markt gering ist. Von befragten Firmen aus 31 Branchen erklärten die Firmen aus 23 Wirtschaftszweigen, daß sie die Investitionsprämie nicht zu zusätzlichen Investitionen nutzen würden (Wirtschaftswoche 8/75, S. 20).

Eine mangelhafte Statistik ist verantwortlich für die Tatsache, daß kurze Zeit vor dem Auslaufen der Frist für die Investitionszulage noch immer keine ausreichenden Informationen über ihre Wirksamkeit vorliegen. Lediglich die Zahl der eingegangenen Anträge auf Gewährung der Prämie ist in einigen Bundesländern bekannt. So sind in Hessen bis zum 20. 3. 75 etwa 2000 Anträge eingegangen, nach Auffassung des Wirtschaftsministers eine relativ geringe Zahl. Das Finanzamt Stuttgart I, das 8718 Betriebe bearbeitet, zählte erst 39 Anträge (HB v. 26. 3. 75). Zu einer abschließenden Beurteilung reichen die vorliegenden Daten nicht aus; allem Anschein nach dürften die Auswirkungen der Investitionszulage sich auf einige vorgezogene Bestellungen beschränken, die nach Ablauf der Frist fehlen werden.

Das bestätigte die Prognose der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute. Für 1975 wird ein weiterer realer Rückgang der Anlageinvestitionen um 3 Prozent erwartet, wobei der Schwerpunkt mit einem Rückgang von 5 Prozent im ersten Halbjahr liegt.

Es kann daher schon heute behauptet werden: Die mehr als 8 Mrd. DM, die die öffentliche Hand für die Investitionszulage ausgeben wird, wären konjunkturpolitisch effektiver verwendet gewesen, wenn sie direkt in Form öffentlicher Investitionen für soziale Zwecke verausgabt worden wären. Ein Zuwachs von 8 Mrd. DM bedeutete eine Steigerung der öffentlichen Investitionen (in jeweiligen Preisen) um mehr als 20 Prozent. Bezogen auf die gesamten Anlageinvestitionen (in lfd. Preisen) wären es immerhin noch 3,5 Prozent der Gesamtsumme. Die gegenwärtige Praxis der „indirekten Stimulierung“ läuft Gefahr, daß die verausgabten Summen per Saldo die Investitionstätigkeit unberührt lassen, während bei öffentlichen Investitionen ein Zuwachs um die ausgegebene Summe garantiert werden könnte — ganz abgesehen von der Notwendigkeit, die öffentliche Investitionstätigkeit aus strukturellen Gründen zu verstärken.

1.4 Außenwirtschaft

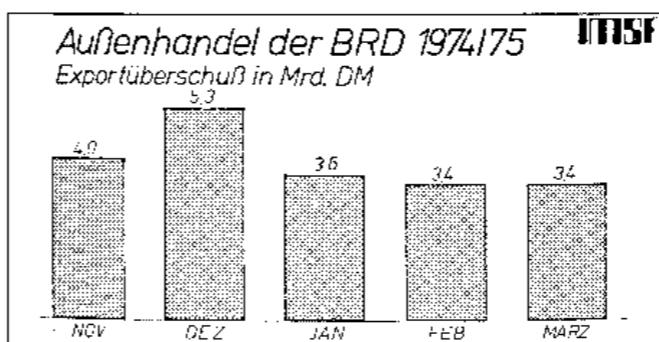
Schon in den letzten Monaten des Jahres 1974 ist die Warenausfuhr der Bundesrepublik volumenmäßig kaum noch gestiegen. Der Rekordüberschuß der BRD von mehr als 50 Mrd. DM im Jahre 1974 ist daher teilweise schon ein Ergebnis von Preisverschiebungen und Wechselkursänderungen.

Inzwischen ist jedoch auch die nominale Ausfuhr niedriger als im Vorjahr.

Außenhandel der BRD 1974/75

	Ausfuhr		Einfuhr		Saldo	
	Mrd. DM	% geg. Vorj.	Mrd. DM	% geg. Vorj.	Mrd. DM	% g. Vorj.
Nov.	19,7	+ 18,7	15,7	+ 17,2	4,0	+ 21,8
Dez.	20,2	+ 33,8	14,9	+ 40,8	5,3	+ 76,7
Jan.	17,4	- 0,6	13,8	- 0,7	3,6	0,0
Febr.	17,7	+ 1,7	14,3	+ 15,3	3,4	- 31,4
März	17,5	- 11,2	14,1	- 4,7	3,4	- 26,1

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 6/74 u. 4/75, S. 382 u. 226)



In den ersten drei Monaten des Jahres 1975 wurde in der BRD ein immer noch hoher Exportüberschuß von 10,5 Mrd. erwirtschaftet, allerdings war er 2,8 Mrd. DM oder 21 Prozent niedriger als im ersten Quartal 1974. Die gesamte Ausfuhr lag in diesem Zeitraum mit 52,7 Mrd. um 4 Prozent niedriger, die Einfuhr dagegen mit 42,1 Mrd. um 2 Prozent höher als im Vorjahr.

Besonders der Handel mit den sozialistischen Ländern stellt für die BRD ein stabilisierendes Moment dar. Im ersten Quartal 1975 sind die Ausfuhren in die Länder des RGW um 23,3 Prozent gewachsen, die Exporte in die Sowjetunion nahmen sogar um 53 Prozent zu. Der Anteil des Handels mit den sozialistischen Staaten hat inzwischen 7,5 Prozent des Gesamtexports der BRD erreicht. Das Bundeswirtschaftsministerium mußte einräumen, daß das „relativ stabile Wachstum“ der RGW-Länder in der BRD antizyklisch wirkt (FAZ v. 13. 5. 75).

Die Preisentwicklung im Außenhandel trägt dazu bei, den Rückgang des Außenhandelssaldos zu verlangsamen. Denn der Index der Ausfuhrpreise lag im Februar um 7,9 Prozent über dem Vorjahresstand, während der Index der Einfuhrpreise um 2,8 Prozent niedriger war. D. h., die BRD verkauft ihre Waren um 7,9 Prozent teurer, während sie gleichzeitig um 2,8 Prozent billiger einkauft.

Infolgedessen verschob sich das reale Austauschverhältnis der BRD wieder zu ihren Gunsten. Infolge von Preiserhöhungen für Mineralölimporte und andere Rohstoffe hatte es sich 1974 kurzzeitig verschlechtert, d. h. die Bundesrepublik erhielt für ihre Exportgüter real weniger Importwaren. In der wirtschaftspolitischen Diskussion wurde diese Tatsache zum Anlaß genommen, um die Gewerkschaften wegen ihrer Lohnabschlüsse zu kritisieren, die diesen Effekt nicht berücksichtigt hätten. (Vgl. z. B. das Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates, Ziffer 141.)

Inzwischen hat sich das Austauschverhältnis aber wieder zugunsten der Bundesrepublik verschoben. Nun kann daraus ein erweiterter Verteilungsspielraum und damit auch ein größerer Spielraum für die Lohnpolitik abgeleitet werden. Die offizielle Wirtschaftspolitik aber und mit ihr „Wissenschaft“ und Wirtschaftspresse finden nun den Zusammenhang zwischen Austauschverhältnis (Terms of Trade) und Lohnpolitik nicht mehr. „Objektive“ wirtschaftliche Daten werden von dieser Seite nur dann ins Feld geführt, wenn sie Argumente gegen Lohnerhöhungen liefern.

Allerdings verwundert diese wissenschaftliche „Zurückhaltung“ nicht. Denn in den Vorjahren, als sich die Terms of Trade für die BRD ständig verbessert hatten, fehlte das entsprechende Argument für Lohnerhöhungen ebenfalls in der Auseinandersetzung um Löhne und Gewinne.

Terms of Trade der Bundesrepublik

	1970	1971	1972	1973	1974	Dez. 1974
Index der Durchschnittswerte						
der Einfuhr	100	99,0	96,5	102,7	128,7	129,2
Index der Durchschnittswerte						
der Ausfuhr	100	102,5	103,2	106,8	122,9	129,4
Terms of Trade ¹	100	103,5	106,9	104,0	95,5	100,2

1. Die „Terms of Trade“ errechnen sich als Ergebnis der Division des Index der Ausfuhrwerte durch den Index der Einfuhrwerte
(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/75, S. 226)

chen zu erkennen. Das Frühjahrsgutachten der Wirtschaftsforschungsinstitute nimmt für die Exporte der BRD ein „Nullwachstum“ an, wobei sich ein Rückgang um 1,5 Prozent im ersten und ein Zuwachs um 1,5 Prozent im zweiten Halbjahr ausgleichen sollen. Auch hier wird vorausgesetzt, daß sich die wirtschaftliche Situation Mitte des Jahres grundlegend ändert.

Eine rasche Belebung des Außenhandels, so daß von dieser Seite ein konjunkturanregender Effekt ausgehen könnte, ist für die BRD jedoch auch aus anderen Gründen unwahrscheinlich. Noch immer verfügt die BRD über einen extrem hohen Exportüberschuß, noch immer sind die meisten Handelspartner tief im Defizit. Eine erneute Exportoffensive würde das ohnehin gestörte internationale Währungs- und Handelsgleichgewicht erneut verschieben, so daß die Länder mit defizitären Handelsbilanzen gezwungen wären, Maßnahmen zum Schutze der einheimischen Wirtschaft und der nationalen Währungsreserven zu treffen.

2. Unternehmertypen und Konzentration

2.1 Unternehmertypen

Die Krise ist vor allem durch eine differenzierte Einkommensentwicklung im Bereich der Unternehmen gekennzeichnet.

Die großen Konzerne haben überwiegend Rekordgewinne ausweisen können. Von 15 der 20 größten Industriekonzerne der Bundesrepublik lagen bis Mitte Mai 1975 die Jahresabschlüsse vor. Von diesen 15 wiesen 12 Unternehmensgruppen erhöhte Jahresüberschüsse auf. Nur ein Konzern, VW, mußte einen scharfen Gewinneinbruch hinnehmen, wobei hier eine Reihe von Sonderfaktoren wirksam sind. Zudem ist die Höhe des ausgewiesenen VW-Verlustes – 551 Mill. DM – in erster Linie auf buchtechnische Manipulationen zurückzuführen. Sichtbar macht das die Tatsache, daß die Ertragssteuern zwar stark zurückgegangen sind, aber immer noch 241 Mill. DM betragen. Tatsächlich wurde also immer noch Gewinn gemacht. Schaltet man einmal VW als Sonderfall aus, so erhöhten sich die ausgewiesenen Jahresüberschüsse (Gewinne nach Steuern) der 14 großen Konzerne von insgesamt 3500 Mill. auf 4353 Mill. DM, also um 24,4 Prozent.

Doch selbst wenn man den Sonderfall VW einbezieht und von den bilanzierten Verlusten ausgeht, steigerten die 15 Konzerne ihre ausgewiesenen Überschüsse immer noch von 3609 Mill. auf 3802 Mill. DM, also um 5,3 Prozent.

Das Bild wird durch die fehlenden 5 (von 20) Konzerne, deren Abschlüsse noch nicht vorliegen, sicher nicht geändert werden. Denn auch diese Unternehmensgruppen haben ihre Gewinne verbessert, wenn auch noch keine genauen Zahlen vorliegen.

Bei diesen Zahlen ist die Tatsache noch nicht berücksichtigt, daß die Konzerne infolge einer Gesetzesänderung im betrieblichen Pensionswesen ihre Pensionsrückstellungen ganz erheblich heraufsetzen konnten. Als Beispiel hierfür sei die Bayer AG genannt. Sie erhöhte 1974 die Pensionsrückstellungen von 679 Mill. auf 1010 Mill. DM, d. h. um rund 50 Prozent. Um ähnliche Größenordnungen handelt es sich auch bei den meisten anderen Gesellschaften. Die erwähnte Gesetzesänderung hat dazu geführt, daß die Konzerne einen erhöhten Anteil ihrer Gewinne in der Bilanz „verstecken“ können und nicht versteuern müssen. Vergleiche der ausgewiesenen Gewinne mit den Vorjahren werden infolge der veränderten Bilanzierungspraxis im Zusammenhang mit den Pensionsrückstellungen also immer relativ niedrigere Steigerungsraten aufweisen.

Berücksichtigt man diesen Faktor, dann kann das Jahr 1974 sowohl vom Umfang als von den Steigerungsraten der Konzernprofite her als ein bisher unerreichtes Rekordjahr für die großen Gesellschaften der Industrie bezeichnet werden.

In dieses Bild passen auch die Jahresabschlüsse der Banken. Allein die drei privaten Großbanken, Deutsche Bank, Dresdner Bank und Commerzbank, erhöhten ihren ausgewiesenen Jahresüberschuß zusammen von 337 Mill. auf 487 Mill., d. h. um 44,5 Prozent.

Wie in einigen vorangegangenen „Informationen“ (vgl. Info 1/75) bereits ausgeführt, fehlen in der BRD bislang Gewinnstatistiken, die die Unternehmertypen auch nur entfernt korrekt wiedergeben. Die statistische Größe „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ kann nur mit großen Einschränkungen als Hilfsgröße verwendet werden, da in ihr ganz unterschiedliche Einkommensarten von Monopolprofiten bis zu Arbeitseinkommen der Freiberufler zusammengefaßt werden.

Doch selbst diese unzulängliche Größe zeigt im letzten Quartal 1974 und in den ersten Monaten des Jahres 1975 wieder eine steigende Tendenz.

Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen

	4. Vj. 1974 Mrd. DM in % ¹	1. Hj. 1975 Mrd. DM in % ¹	2. Hj. 1975 Mrd. DM in % ¹
Bruttoeinkommen	63,0	+ 3,9	113,0
Nettoeinkommen	—	—	90,0
Abschreibungen	30,6	- 12,5	63,5
Nettoeinkommen und Abschreibungen zusammen	—	—	153,5
		+ 13,9	170,5
		+ 15,4	+ 15,4

¹ In % gegenüber dem Vorjahr

² Prognose des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute (Quellen: DIW-Wochenberichte 8/75, S. 56 f. und 18-19/75, S. 151)

Schon die Ergebnisse des letzten Quartals 1974 zeigen, daß die Unternehmertypen die Stagnation gegen Ende des Jahres bereits überwunden haben – eine Stagnation, die jedoch nicht die Konzerngewinne betraf. In der Prognose für 1975 zeichnet sich auch für die statistische Gesamtgröße ein Sprung nach oben ab. Diese Entwicklung dürfte Folge der ungünstigen Tarifabschlüsse auf der einen und der staatlichen Stützungsmaßnahmen auf der anderen Seite sein, nicht jedoch Ausdruck der konjunkturrellen Belebung. Auffallend ist besonders die hohe Differenz zwischen Brutto- und Nettoeinkommen der Selbständigen. Es zeigt sich, daß das Steuersystem insbesondere bei einem Gewinnaufschwung die Unternehmertypen begünstigt. Allerdings schlagen sich auch verschiedene Steuervergünstigungen für die Konzerne in dieser Entwicklung nieder.

Die Tarifabschlüsse der letzten Monate haben den Grundstein gelegt für eine erneute scharfe Disparität in der Entwicklung von Selbständigen und Arbeitseinkommen. Im Gegensatz zum Verlauf der Krise 1966/67 zeigt sich dieses Ungleichgewicht gegenwärtig schon in der noch andauernden Abschwungsphase, während es damals erst in der Aufschwungsphase 1968/69 voll zum Ausbruch kam. Es ist daher zu befürchten, daß ein zyklischer Aufschwung – der sicher schwächer sein wird – zu noch größeren Einkommensdisparitäten führen wird als denen von 1968/69, die die „Septemberstreiks“ auslösten.

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik sieht sich also erneut vor das Problem gestellt, daß ihre „Zurückhaltung“ in der Rezessionsphase den Unternehmertypen zu einem Vorsprung verholfen hat, der im Aufschwung nur schwer wieder aufzuholen sein dürfte.

2.2 Konzentration

Der Konzentrationsprozeß in der Wirtschaft hat sich im Jahre 1974 erheblich beschleunigt. Die Krise erweist sich immer mehr als ein den Monopolisierungsprozeß förderndes Moment.

Meldepflichtige Unternehmenszusammenschlüsse

1970	1971	1972	1973	1974
335	220	269	242	318

(Quelle: Zitiert nach: Jörg Hufschmid: Zum Charakter der gegenwärtigen Krise, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 4/75, S. 400, nach Angaben des Bundeskartellamtes)

Das Jahr 1974 war demnach das „konzentrationsintensivste“ seit Gründung des Bundeskartellamtes 1958. Gegenüber 1973 ist die Zahl der Fusionen um 31 Prozent gestiegen. Das zeigt erneut die gegenwärtige Machtlosigkeit des Kartellamtes, das nicht in der Lage ist, diesen Prozeß aufzuhalten oder auch nur zu kontrollieren.

Diese Ohnmacht wurde besonders eindringlich durch den Zusammenschluß von Veba und Gelsenberg zu einem einheitlichen Energiekonzern demonstriert. Der Widerspruch des Kartellamtes wurde mit einer gesonderten Erlaubnis des Bundeswirtschaftsministers umgangen. Der größte Konzern der Bundesrepublik wurde ungeachtet aller wettbewerbspolitischen Bedenken gegründet. Besonders unwirksam ist das Instrument der „Mißbrauchsaufsicht“. Demnach kann das Kartellamt ein Verfahren gegen Unternehmen einleiten, bei denen es überhöhte Preise infolge mißbräuchlicher Ausnutzung der Marktmacht nachweisen kann. In der Praxis aber ist dieser Nachweis kaum möglich, da die zu einem Beweis notwendigen Informationen Geschäftsgeheimnis des jeweiligen Unternehmens sind. So hat die Kartellbehörde seit 1958 550 Mißbrauchsverfahren eingeleitet. Davon sind nur zwei erfolgreich gewesen. Sie betrafen Handpreisauszeichnungsgeräte und Fußballstiefel. Einer wachsenden Zahl von Fusionen entsprach eine Rekordzahl von Unternehmenszusammenbrüchen, die nach ersten Ergebnissen jedoch vom Jahr 1975 noch übertroffen werden dürfte.

Unternehmenszusammenbrüche

	1972	1973	1974	Jan. 1975
Konkurse und Vergleiche	4619	5515	7722	792
Forderungssumme (Mrd. DM)	1,36	3,60	7,20	—
Millionenkonkurse	—	620	1004	—

(Quelle: Info 3 u. 4/74; FAZ v. 17. 2. 75; Wirtschaftswoche 14/75)

Betroffen wurden zu 54 Prozent „junge“ Unternehmen, die bis zur Einleitung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens höchstens fünf Jahre bestanden. Der Aufbau einer selbständigen Existenz wird also immer schwerer und endet immer häufiger mit einem Mißerfolg (HB v. 18. 2. 75).

Die schwierige Lage, in der sich viele kleine und mittlere Unternehmen befinden, spiegelt sich auch in der „Zahlungsbereitschaft“ der Wirtschaft wieder. Wie ein Marktforschungsinstitut ermittelte, zahlte 1974 nur noch 61,4 Prozent der befragten Unternehmen vereinbarungsgemäß (63,9 Prozent im Vorjahr) (HB v. 18. 2. 75).

Die seit einigen Jahren zunehmende Zahl von Insolvenzen ist zudem mit einer Abnahme der Deckungsquoten alter Gläubigergruppen verbunden. Viele insolvente Vermögensmassen seien so arm – so wurde anlässlich einer Sitzung des Insolvenzrechtsausschusses des Deutschen Anwaltstages festgestellt –, daß die Kosten des Konkursverfahrens nicht mehr gedeckt werden könnten. Die Gläubiger erhalten im Schnitt bei einem Unternehmenszusammenbruch immer häufiger nichts bzw. einen immer geringeren Anteil ihres Geldes zurück. Die wichtigste Ursache dieser Entwicklung, so wurde festgestellt, „läge in der übersteigerten Entwicklung der anonymen Gläubigerrechte...“. Die Kreditgeber, vor allem große Banken und Kreditinstitute, sichern sich zunehmend durch Eigentumsvorbehalte und Sicherungsübereignungen. Sie können bei Insolvenz des Schuldners ihre Forderungen voll decken, während die kleinen Gläubiger, immer häufiger auch die Arbeiter und Angestellten des zusammengebrochenen Betriebs, mangels Masse häufig nichts mehr erhalten (HB v. 15. 5. 75).

3. Lage der Arbeiterklasse

3.1 Bruttolöhne und -gehälter

Schon im letzten Halbjahr 1974 hat sich die Entwicklung der Arbeitseinkommen deutlich verlangsamt. Die Ursache dafür lag vor allem in zunehmender Arbeitslosigkeit, dem Abbau von Überstunden und der Verringerung übertariflicher Lohnbestandteile. Die Tariflöhne und -gehälter aber wiesen erst in den ersten Monaten des Jahres 1975 sinkende Zuwachsraten auf.

Tariflöhne- und -gehälter auf Monatsbasis

	Veränderung in % geg. Vorjahr
Oktober	+ 12,3
November	+ 12,7
Dezember	+ 12,6
Januar	+ 10,3
Februar	+ 9,6

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 67)

Verantwortlich für die seit Jahresbeginn rasch sinkenden Tariflöhnezuwächse sind die Lohnabschlüsse der letzten Monate.

Wichtige Tarifabschlüsse:

Metallindustrie	+ 6,8 Prozent
Öffentlicher Dienst	+ 6,0 Prozent
Bauwirtschaft	+ 6,6 Prozent
Chemieindustrie	+ 6,8 Prozent
Druckindustrie	+ 6,4 Prozent
Steinkohlenbergbau	+ 7,0 Prozent

Es wird deutlich, in welchem Maße die großen Konzerne der Wachstumsbranchen von der Rezession profitieren. Denn für die großen Unternehmen der chemischen und der Metallindustrie war 1974 mit wenigen Ausnahmen ein Rekordjahr. Trotzdem haben sie Abschlüsse durchsetzen können, die weit unter den Tarifen der Vorjahre liegen. Die Laufzeiten, die teilweise über einem Jahr liegen, verschaffen den Konzernen „Ruhe“ an der Tariffront bis ins Frühjahr 1976 und damit einen entscheidenden Vorsprung gegenüber den Löhnen.

Demgegenüber ist vor allem im letzten Quartal 1974 die Summe der Bruttoarbeitseinkommen wesentlich langsamer angestiegen als im Jahrsdurchschnitt.

Bruttolöhne und -gehälter

	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1974, 3. Vj.	119,2	+ 10,1
4. Vj.	127,2	+ 8,5
1975, 1. Hj. ¹	232,0	- 5,0
2. Hj. ¹	257,0	+ 6,0

¹ Prognose des Frühjahrsgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute (Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 67; DIW-Wochenbericht 18-19/75, S. 150 f.)

Für 1975 wird eine weitere einschneidende Verlangsamung des Anstiegs der Bruttoarbeitseinkommen erwartet, die sich nun jedoch weniger aus einer Verminderung der Beschäftigtenzahlen und der geleisteten Arbeitsstunden, sondern aus einer Verlangsamung der Lohnsatzzuwächse ergeben wird.

Wochenstunden und Bruttostundenverdienste der Industriearbeiter

Männer	Wochenstunden	Stundenverd.

Frauen

Wochen-	Bruttostd.-	Differenz
stunden	verdienst	Männer-/
	In DM	Frauenlöhne
1972	40,3	5,53
1973	40,2	6,16
1974	39,6	6,90
		+ 9,5 ÷ 11,4 + 12,0
		2,36 2,60 2,78

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/75, S. 259)

Der Zusammenhang zwischen Lohnsatzentwicklung, Arbeitsstunden und Bruttolohnsummen wird an den beiden aufgeföhrten Tabellen deutlich. Die Bruttolohnsätze sind 1974 etwa gleich schnell gewachsen wie 1973, aber die Zahl der bezahlten Arbeiterstunden ist gesunken.

Nebenbei zeigt sich, daß trotz erhöhter Steigerungsraten bei den Frauenlöhnen der Abstand in DM zu den Männerlöhnen immer noch wächst. Trotz einiger gewerkschaftlicher Erfolge liegen die Frauenlöhne immer noch um 28,7 Prozent unter den Männerlöhnen.

3.2 Steuern und Abgaben

Während die Abgaben 1974 insgesamt wieder überproportional um 14,3 Prozent zunahmen und die Lohnsteuereinnahmen der öffentlichen Hand sogar um 17,5 Prozent expandierten, sind die Auswirkungen der Steuerreform auf der einen und der Erhöhung verschiedener Sozialabgaben auf der anderen Seite (vgl. Info 1/75) auf die Entwicklung der Nettolöhne bisher noch nicht zu übersehen. Die Steuerschätzung der Bundesregierung für 1975, die ursprünglich einen Zuwachs der Einnahmen aus der Lohnsteuer um 13,5 angenommen hatte, wurde im März auf eine Zunahme von 10,5 Prozent korrigiert. Ursache dieser Korrektur ist allerdings nur die konjunkturelle Lage, insbesondere die Beschäftigungslage, die zu optimistisch angenommen worden war.

Die ersten vorliegenden Zahlen für das Lohnsteueraufkommen ergeben noch kein einheitliches Bild.

Entwicklung der Lohnsteuereinnahmen 1975 in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Januar	+ 15,4%
Februar	+ 3,7%
März	- 2,7%

(Quelle: Mitteilungen des Bundesfinanzministeriums nach verschiedenen Pressemitteilungen)

Die Zahlen sind bisher noch nicht aussagekräftig, da einerseits die Januarzahlen teilweise auch noch im Dezember abgezogene Lohnsteuern enthalten. Die Februar- und Märzahlen sind jedoch durch die Rückerstattungen aus dem Lohnsteuerjahresausgleich verzerrt, die in diesem Jahr infolge der verschlechterten materiellen Lage vieler Beschäftigter durch Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit besonders frühzeitig gestellt wurden.

Unterlagen über die Auswirkungen der erhöhten Sozialabgaben liegen zur Zeit noch nicht vor. Allerdings ist schon jetzt sichtbar, daß zumindest die bereits erhöhten Sätze der Krankenversicherung nicht ausreichen. So kommt das Sozialministerium von Rheinland-Pfalz in einer Vorausschätzung zu dem Ergebnis, daß die Beitragssätze bis 1978 von 9,5 Prozent auf 13,1 Prozent steigen müßten. Damit dürften die bescheidenen Auswirkungen der Steuerreform vollständig kompensiert werden.

3.3 Nettolöhne und -gehälter

Die Summe der Nettoarbeitseinkommen hat ihr Entwicklungstempo noch drastischer verlangsamt als die Summe der Bruttoarbeitseinkommen.

Nettolöhne und -gehälter

	Mrd. DM	In % geg. Vorjahr
1974, 3. Vj.	84,4	+ 7,9
4. Vj.	86,4	÷ 5,4
1975, 1. Hj. ¹	172,0	+ 4,5
2. Hj. ¹	179,5	+ 4,5

1 Vorausschätzung der Frühjahrsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochenberichte, 8/75 und 18-19/75, S. 56 f. u. 150 f.)

Während die Summe der Nettoarbeitseinkommen eine wichtige Grundlage für Annahmen über die Entwicklung des privaten Verbrauchs ist, wird in der Auseinandersetzung um Löhne und Gehälter stärkeres Gewicht auf die „Pro-Kopf-Einkommen“ gelegt.

Nettoarbeitseinkommen je abhängig Beschäftigten

DM	In % geg. Vorjahr
1972	13 002
1973	14 075
1974	15 484
	+ 8,2 + 10,0

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 63* und 67)

Für 1974 ergibt sich also noch eine ansehnliche Steigerungsrate der „Pro-Kopf-Einkommen“. Damit versuchen die Unternehmer und die Regierung in der Öffentlichkeit ihre Behauptung von der „Maßlosigkeit“ gewerkschaftlicher Lohnforderungen zu untermauern.

Die vergleichsweise hohe Steigerungsrate der Durchschnittsarbeitseinkommen ist jedoch weitgehend das Ergebnis der Verschlechterung der Beschäftigungssituation. So wird z. B. mit dem massenhaften Abbau von Teilzeitbeschäftigung — und damit dem Verschwinden extrem niedriger Durchschnittseinkommen aus der Gesamtsumme — der Durchschnitt statistisch nach oben gedrückt, ohne daß dem eine entsprechende reale Erhöhung der Durchschnittseinkommen der Beschäftigten zugrunde liegen würde.

Um ein etwas realistischeres Bild zu erhalten, soll im folgenden das „Pro-Kopf-Einkommen“ von Beschäftigten und Nichtbeschäftigen gemeinsam berechnet werden, wobei die ausbezahlten Arbeitslosenunterstützungen zu den Nettoarbeitseinkommen hinzugerechnet werden.

Pro-Kopf-Einkommen der Abhängigen

Arbeitslosenunterstützung in Mrd.	Durchschnittseinkommen je Abhängigen	In % geg. Vorjahr
1973	1,54	13 972
1974	3,85	15 254
		+ 9,2

(Quelle: HB v. 22. 2. 75; eigene Berechnungen)

Allerdings zeigt auch diese Berechnung nicht, wie sich das Durchschnittseinkommen der Arbeiterklasse tatsächlich entwickelt hat. Denn der durch die Krise hervorgerufene Beschäftigungsrückgang schlägt sich nur zum Teil in der Arbeitslosenstatistik nieder. Insbesondere die Teile der Arbeiterklasse, die keine Unterstützung beziehen wie z. B. arbeitslose Ehefrauen, die keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, Nebenerwerbsbauern und insbesondere ausländische Arbeiter, die die Bundesrepublik verlassen haben, tauchen in der Arbeitsmarktstatistik nicht mehr auf. Ein korrektes Bild über die Veränderung der Einkommen der gesamten Arbeiterklasse ist also mit den vorliegenden Statistiken nicht zu erhalten.

3.4 Preise

Die Diskussion über die konjunkturelle Lage, insbesondere die Beschäftigungssituation, hat in der letzten Zeit das Problem der Preisentwicklung überschattet, obwohl die Preisentwicklung auch für die Entwicklung der Beschäftigung eine große Bedeutung hat. Die Zunahme der Verbraucherpreise bestimmt letzten Endes die reale Kaufkraft der Arbeiter und Ange-

stellten und hat so entscheidenden Einfluß auch auf die konjunkturelle Situation.

Die Lebenshaltungskosten haben sich auch in den letzten Monaten unverändert stark erhöht. Seit Februar sind sogar die Preissteigerungsraten wieder leicht angestiegen.

Lebenshaltungskosten 1974/75

	Alle Haushalte Veränderungen in % geg. Vormonat	Arbeitnehmer- haushalte Veränderung. In % geg. Vorjahresm.
April	+ 0,6	+ 6,9
Mai	+ 0,6	+ 6,9
Juni	+ 0,4	+ 6,8
Juli	+ 0,2	+ 6,7
August	+ 0,2	+ 6,8
September	+ 0,3	+ 6,8
Oktober	+ 0,5	+ 6,4
November	+ 0,7	+ 6,1
Dezember	+ 0,3	+ 6,2
Januar	+ 0,9	+ 6,0
Februar	+ 0,5	+ 6,1
März	+ 0,5	+ 6,1
April	+ 0,8	+ 6,2

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/75, S. 252*; FAZ v. 18. 5. 75)

In den letzten Monaten haben sich die Preise für die Grundbedürfnisse rascher entwickelt. So wurden von März zu April Nahrungsmittel um 1,7 Prozent und Wohnungsmieten um 1,1 Prozent teurer. Waren diese im Verlauf des Jahres 1974 eher etwas langsamer angestiegen als die gesamten Lebenshaltungskosten, so hat sich in diesem Bereich eine eindeutige „Tendenzwende“ vollzogen. Die Preisstruktur hat sich zunutzen der unteren Einkommensschichten verschoben. Denn je niedriger die Einkommen, desto höher ist der Anteil, der für Grundbedürfnisse wie Nahrung und Wohnen ausgegeben werden muß.

Besonders sichtbar ist dieser soziale Effekt beim Preisindex für Renten- und Sozialhilfeempfänger, der im April um 6,6 Prozent über dem gleichen Vorjahresmonat lag, und beim Preisindex für die Lebenshaltung eines Kindes, die sogar um 7,6 Prozent teurer war.

Für Rentner, Kinderreiche und Bezieher kleiner Einkommen hat sich die Preisentwicklung in den letzten Monaten also eindeutig beschleunigt.

Während die Entwicklung der Verbraucherpreise insgesamt keine eindeutige Tendenzwende erkennen läßt, hat sich der Anstieg der industriellen Erzeugerpreise erheblich verlangsamt.

Ausgewählte Preisindizes 1974/75 in Prozent geg. Vorjahr

	Industrielle Erzeugerpreise	Großhandels- verkaufspreise	Einzelhan- delspreise
April	+ 13,7	+ 14,6	+ 7,0
Mai	+ 14,1	+ 16,9	+ 7,4
Juni	+ 13,6	+ 15,8	+ 7,6
Juli	+ 13,9	+ 15,6	+ 7,7
August	+ 14,1	+ 15,5	+ 8,0
September	+ 14,2	+ 15,7	+ 8,3
Oktober	+ 14,6	+ 15,8	+ 8,4
November	+ 13,4	+ 15,9	+ 8,5
Dezember	+ 12,4	+ 14,5	+ 8,4
Januar	+ 10,5	+ 13,8	+ 8,2
Februar	+ 7,6	+ 11,1	+ 8,0
März	+ 6,2	+ 9,0	—

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, 4/75, S. 280)

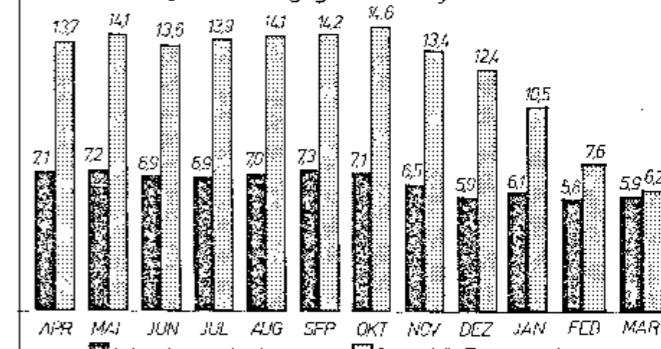
Die Verlangsämung der Entwicklung der industriellen Erzeugerpreise ist bis zu einem gewissen Grad ein statistischer Effekt, der damit zusammenhängt, daß die Erzeugerpreise zu Beginn des Jahres 1974 einen Sprung nach oben gemacht hatten.

Außerdem muß berücksichtigt werden, daß die Einfuhrpreise, die 1974 insgesamt um 19,7 Prozent gestiegen waren, inzwischen absolut rückläufig sind und gegenwärtig um 2,8 Prozent unter dem Vorjahresniveau liegen. Da sich die Konjunkturabschwächung zudem erst seit Ende 1974 voll auf die Grundstoffindustrien auswirkt, können die Konzerne nicht mehr jede Preiserhöhung durchzusetzen. Sie geben die Kostenentlastung der gesunkenen Importpreise zwar nicht weiter, können aber die alten Preiserhöhungsraten nicht mehr aufrecht erhalten.

Diese Feststellung gilt für die Preisgestaltung zwischen den Konzernen, nicht aber für die übrige Wirtschaft. Wie die Tabelle zeigt, sind die Einzelhandelspreise vom Rückgang der Importpreise und der industriellen Erzeugerpreise kaum berührt worden. Je näher die Güter dem Verbraucher kommen, desto weniger machen sich Kostensenkungen in den Preisen bemerkbar. Die Entlastung wird auf dem Wege zum Verbraucher „geschluckt“.

Lebenshaltungskosten und industrielle Erzeugerpreise 1974/75

Veränderung in Prozent gegenüber Vorjahresmonat



Jahres 1974 und in den ersten Monaten des Jahres 1975 die wirtschaftliche Lage absolut verschlechtert hat.

Wichtig ist die Feststellung, daß sich die reale Kaufkraft der Summe der Löhne und Gehälter absolut verringert, vor allem für die konjunkturelle Lage. Denn die Arbeitseinkommen sind eine tragende Kraft der inländischen Nachfrage. Ein absoluter Kaufkraftrückgang wird zum einen den Aufschwung weiter verzögern — wenn auch nicht unmöglich machen. Zum anderen werden dadurch neue Disproportionen geschaffen, die einen Konjunkturaufschwung sehr bald belasten werden.

Die Tendenz zu Stagnation und Rückgang der realen Einkommen der Arbeiter und Angestellten findet ihren Ausdruck auch in den Einkommenserwartungen der Verbraucher. Im Februar 1975 haben nach einer Umfrage der Forschungsstelle für empirische Sozialökonomik in Köln nur noch 42 Prozent aller Befragten mit einer Einkommensverbesserung in den nächsten vier Jahren gerechnet, während in den letzten Jahren immer zwischen 52 und 58 Prozent steigende Einkommen erwartet hatten (FAZ v. 14. 3. 75). Die sich relativ verschlechternde Einkommenslage wirkt sich also auch auf die Zukunftserwartungen der Betroffenen und damit auf ihr Konsumverhalten aus.

Angesichts dieser Situation kann die Aufforderung von Regierungssprecher Grünewald, „Mut zum Konsum ist gewiß kein Übermut“ (zit. in: FAZ v. 12. 4. 75) nur als hilflose „Seelenmassage“ bezeichnet werden. Einmal ist der Spielraum für den Massenkonsum objektiv geringer geworden. Es bleibt das Geheimnis der Bundesregierung, wie eine — von der Bundesregierung in den Tarifrunden mit herbeigeführte — Senkung der realen Kaufkraft der Löhne und Gehälter mit einer Belebung der Verbrauchernachfrage zu vereinbaren ist.

Gleichzeitig aber reagieren die Arbeiter und Angestellten auf die unsichere Einkommens- und Beschäftigungslage mit einer wachsenden Ersparnisbildung. Ein großer Teil der Arbeiter und Angestellten kann jetzt das Risiko der Anschaffung langlebiger Konsumgüter auf Ratenzahlung nicht mehr eingehen, da es ungewiß ist, ob bei Verdienstausfall infolge Überstundenabbau, Arbeitslosigkeit usw. die Raten noch bezahlt werden können. So kommt es zur sog. Ersparnisbildung. Die erwähnte Kölner Forschungsstelle ermittelte, daß im Vergleich zu ihrer letzten Befragung im November vergangenen Jahres die Sparabsichten weiter zugenommen haben. Sparen erscheint den Verbrauchern heute noch ratsamer als bisher (FAZ v. 14. 3. 75). Hieran zeigt sich das Dilemma, in das dieses System die arbeitende Bevölkerung drängt: Die Unsicherheit ihrer Existenz zwingt ihnen in dieser Situation außerdem noch enorme Inflationsverluste auf. Die Sprecher der Banken bezeichnen dieses Verhalten als Ausdruck des Vertrauens in die Währung!

Diese Haltung ist vor allem bei den abhängig Beschäftigten vorherrschend, deren wichtigste Sparform das einfache Kontensparen ist. Es werden keine Wertpapiere gekauft, das Geld wird auch nicht langfristig angelegt. Motiv ist nicht die Bildung von „Kleinkapital“, sondern allein die Vorsorge für die Folgen der wirtschaftlichen Unsicherheit. Das Geld wird so auf ein Sparkonto gelegt, daß es jederzeit verfügbar ist.

Von dieser Sparform und damit von der wirtschaftlichen Unsicherheit profitieren besonders die Kreditinstitute, die zu Zinsen, die noch nicht einmal die Inflationsrate decken, billige Gelder erhalten. Sie werden von ihnen hochverzinslich als Kredite weitergegeben. Heben die Kontensparer ihr Geld nach einiger Zeit wieder ab, so erhalten sie trotz Sparzinsen real weniger zurück als sie eingezahlt haben.

Spareinlagen mit gesetzlicher Kündigungsfrist 1974/75

	In Mill. DM	In %, geg. Vorjahr
Juli	157 601	÷ 11,5
August	158 744	÷ 12,9
September	159 651	+ 13,8
Oktober	161 387	+ 14,4
November	163 250	+ 15,2
Dezember	172 602	+ 14,3
Januar	175 561	+ 15,1
Februar	177 696	+ 24,2

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 21)

Die Spartätigkeit der Arbeiter und Angestellten wird zwar nicht gesondert und auch nicht nach Einkommensgruppen ausgewiesen. Die Differenz zum Zuwachs der Spareinlagen mit ver einbarer Kündigungsfrist — sie nahmen im Februar um 8,1 Prozent zu — läßt jedoch vermuten, daß der Zuwachs der Spareinlagen vor allem auf die Spartätigkeit der besser verdienenden Gruppen von Arbeitern und Angestellten zurückzuführen ist, deren bevorzugte Sparform das Kontensparen mit gesetzlicher Kündigungsfrist ist.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß eine Belebung des privaten Verbrauchs so lange nicht zu erwarten ist, wie die reale Kaufkraft der Arbeitseinkommen sinkt und gleichzeitig die unsichere Beschäftigungslage anhält.

Vor allem der Einzelhandel bekommt diese Entwicklung zu spüren. 1974 brachte nach Aussage der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels „das negativste Ergebnis seit der Währungsreform“. Einem nominalen Umsatzzuwachs von 5,8 Prozent stand erstmals in der Nachkriegszeit ein realer Umsatzverlust um 1,7 Prozent gegenüber. Besonders die Sparte der langlebigen Konsumgüter wurde betroffen (FAZ v. 11. 4. 75).

Auch für 1975 sind die Erwartungen gedämpft. Im Januar liegen die Umsätze immer noch real ein Prozent niedriger als im Vorjahr, obwohl auch der Vorjahresmonat schon leicht rückläufige Umsätze aufwies (Monatsbericht der Deutschen Bundesbank, 4/75, S. 674). Schon bei einer Arbeitslosenquote von 3 Prozent muß mit einem Kaufkraftausfall von 2,5 Mrd. DM gerechnet werden, fast ein Prozent des Einzelhandelsumsatzes. Da aber die Arbeitslosenquote 1975 mit Sicherheit über dieser Marge liegen wird, wird der Kaufkraftverlust infolge der Arbeitslosigkeit noch höher sein.

3.6 Einkommensverteilung

Die „Lohnquote“, d. h. der Anteil der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen, spielt in der wirtschafts- und sozialpolitischen Diskussion der BRD eine wichtige Rolle. Mit 71,5 Prozent erreichte sie im Jahre 1974 einen Höhepunkt und diente so als Beleg für die Behauptung, daß der Anstieg der Löhne und Gehälter die „Gewinnmarge“ der Unternehmer und damit die Investitionstätigkeit verringert habe.

Im folgenden soll weder die Problematik des Begriffs selbst noch der konjunkturpolitische Gehalt der genannten Aussage untersucht werden. Vielmehr soll die langfristige Entwicklung der entsprechenden Größen dargestellt werden. Denn nur eine langfristige Analyse kann konjunkturelle und zufällige kurzfristige Schwankungen ausgleichen und aussagefähige Feststellungen zur Entwicklung der Einkommensverteilung treffen.

Einkommen in Mrd. DM seit 1950

	Volkseinkommen	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Nettolöhne und -gehälter
1950	75,4	45,0	34,9
1955	140,8	83,7	63,7
1960	235,7	142,8	104,9
1961	258,0	160,5	117,4
1962	277,5	177,5	129,4
1963	295,8	190,4	138,2
1964	324,3	208,4	151,4
1965	355,3	230,0	168,5
1966	377,1	247,6	178,5
1967	376,0	247,9	177,7
1968	416,9	266,3	187,9
1969	460,6	300,1	206,7
1970	529,2	353,2	238,6
1971	585,7	400,2	262,2
1972	639,9	439,2	286,1
1973	717,2	498,7	311,2
1974	765,4	547,3	335,6

(Quellen: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in der BRD, Ausgabe 1971, hrsg. vom Bundesminister für Arbeit u. Sozialordnung, S. 15; Leistung in Zahlen '73, hrsg. v. Bundesministerium f. Wirtschaft, S. 18; Wirtschaft und Statistik, 2/75, S. 82)

Anteile am Volkseinkommen in Prozent

	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit Tatsächliche Korrigierte Quote ¹	Nettolöhne u. -gehälter Tatsächliche Korrigierte Quote ¹	Abhängig Beschäftigte in % d. Erwerbstät.
1950	58,4	46,3	68,5
1955	59,4	45,2	73,9
1960	60,6	44,5	77,5
1961	62,2	45,5	77,9
1962	64,0	46,6	78,8
1963	61,4	45,5	79,5
1964	64,3	46,7	80,3
1965	64,7	47,4	80,9
1966	65,7	47,3	81,2
1967	65,9	47,2	81,1
1968	63,9	45,1	81,6
1969	65,2	44,9	82,5
1970	66,7	45,1	83,4
1971	68,3	44,7	83,9
1972	68,6	44,7	84,2
1973	69,5	43,4	84,5
1974	71,5	43,9	84,4

(nach eigenen Berechnungen)

¹ Die Quoten werden um die veränderte Beschäftigungsstruktur bereinigt, d. h. die Lohnquote so berechnet, als hätte sich der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen seit 1950 nicht geändert.

Die tatsächliche Bruttohohnquote ist seit 1950 erheblich angestiegen. Allerdings werden dabei auch die Bezüge der Spitzenmanager als „Lohninkommen“ bewertet, so daß schon die statistischen Grunddaten nur mit Einschränkungen aussagefähig sind. Die korrigierte Bruttohohnquote zeigt jedoch, daß die langfristigen Veränderungen seit 1950 allein auf den steigenden Anteil der Lohnabhängigen in der Erwerbstätigenstruktur zurückzuführen sind. Die Bruttohohnquote ist seit 1950 nur gestiegen, weil sie sich auf prozentual wesentlich mehr Lohnbezieher verteilt. Ein deutlicher Anstieg auch der korrigierten Bruttohohnquote ist jedoch seit 1969 zu verzeichnen.

Die Bruttohohnquote sagt jedoch über die Entwicklung des Lebensstandards der Arbeiter und Angestellten im Vergleich zur Entwicklung des Volkseinkommens nichts aus. Entscheidend ist, wie hoch der Anteil ist, den der Lohn- oder Gehaltsbezieher in seiner Lohnhöhe oder auf seinem Gehaltskonto vorfindet. Darüber gibt die Nettolohnquote Aufschluß. (Die „vermögenswirksame“ zwangsgesparten Lohnhöhe werden allerdings mitgerechnet.)

Es zeigt sich, daß die tatsächliche Nettolohnquote 1974 deutlich niedriger war als 1950 und seit 1965 eine im wesentlichen sinkende Tendenz hat. Der Anteil der ausbezahlten Arbeitseinkommen am Volkseinkommen ist gegenwärtig also geringer als vor 24 Jahren. Besonders aufschlußreich ist ein Vergleich zwischen der Entwicklung von tatsächlicher Brutto- und Nettolohnquote seit 1968/69. Während die tatsächliche Bruttohohnquote seit 1969 erheblich gestiegen ist, ist die tatsächliche Nettolohnquote gerade in diesem Zeitraum deutlich gesunken. Die Erklärung dafür ist einfach: Ein immer größerer Teil der Bruttohöhne und -gehälter wird als Steuer (und Sozialabgaben) durch den Staat einbehalten. Seit 1969 ist die Steuerprogression durch die hohen Inflationsraten zusätzlich beschleunigt, und zudem sind die Sozialabgaben kräftig erhöht worden. Diese Faktoren führten zum Sinken der tatsächlichen Nettolohnquote bei gleichzeitigem Anstieg der tatsächlichen Bruttohohnquote. Die vom Sachverständigenrat beschworenen „Rekordhohnquote“ des Jahres 1974 ist, bezogen auf die Nettoarbeitseinkommen, in Wirklichkeit die zweitniedrigste seit 1950. Darüber hinaus zeigt sich, daß die angeblich für die Krise verantwortliche „Lohnkostenexplosion“ in den Jahren 1973 und 1974, netto betrachtet, mit einem besonders niedrigen Anteil der Arbeiter und Angestellten am Volkseinkommen verbunden war. Trotz einiger vergleichsweise harter Tarifauseinandersetzungen ist es also nicht gelungen, den Nettoanteil langfristig auch nur stabil zu halten.

Ergänzt werden soll diese Betrachtung durch einen Blick auf die korrigierte Nettolohnquote. Es zeigt sich, daß ohne die veränderte Beschäftigungsstruktur (Wachsen des Anteils der Abhängigen, Sinken des Anteils der Selbständigen) die Netto-

hohnquote seit 1950 um mehr als 10 Prozent gesunken wäre. Die Verteilungsposition der Arbeiterklasse hat sich also, langfristig betrachtet, erheblich verschlechtert. Heute erhalten 84,4 Prozent aller Erwerbstätigen — netto (tatsächliche Nettolohnquote) einen geringeren Anteil am Volkseinkommen als im Jahre 1950 68,5 Prozent der Erwerbstätigen. Zwar muß berücksichtigt werden, daß mit den gestiegenen Sozialabgaben auch der ebenfalls gestiegene Anteil von arbeitsunfähigen und alten Menschen an der Gesamtbevölkerung finanziert wird. Dadurch wird der gesunkene Nettoanteil jedoch nur zum kleineren Teil erklärt. Vor allem das Absinken sowohl von tatsächlicher als auch von korrigierter Nettolohnquote seit Ende der sechziger Jahre ist auf die Lohnsteuerprogression zurückzuführen. Der Anteil der Lohnsteuern am Arbeitseinkommen stieg zwischen 1970 und 1974 um 4,9 Prozent, der Anteil der Sozialabgaben jedoch „nur“ um 1,3 Prozent (vgl. Info 2/74, S. 7).

Es ist aber bekannt, daß der über die Steuern finanzierte Anteil der Sozialversicherungskosten ständig sinkt. Die sinkende Nettolohnquote ist also nicht etwa darauf zurückzuführen, daß den Arbeitern und Angestellten nun auf dem Umweg über überproportional gestiegene Sozialausgaben ihr weggesteuerter Lohn wieder zurückgestattet wird.

Es wird vielmehr die Lohnsteuer in steigendem Maße zur Finanzierung der Konzerne herangezogen. Das kommt vor allem im ständigen Anstieg des Anteils der Lohnsteuern an den gesamten Steuereinnahmen zum Ausdruck. 1974 stammten 32,8 Prozent der Steuereinnahmen aus der Lohnsteuer, 1970 waren es erst 26,2 Prozent (vgl. Info 1/75, S. 9). Allein aus der „Investitionsprämie“ in Höhe von 7,5 Prozent werden den Konzernen 1975 nach offiziellen Schätzungen mindestens 8 Mrd. DM zufließen (vgl. Info 1/75, S. 4). Das sind etwa ein Prozent des voraussichtlichen Volkseinkommens des Jahres 1975 und mehr als 2 Prozent des voraussichtlichen Nettoarbeitseinkommens. Dieses Geschenk wird, aber früher oder später über die Steuern finanziert werden müssen, wobei die Arbeiter und Angestellten mit Lohn- und Verbrauchssteuern den Hauptanteil zu tragen haben werden.

So zeigt die Betrachtung der Einkommensverteilung über längere Sicht, daß die Verteilungsposition der Arbeiter und Angestellten nicht nur durch direkten Druck auf den Lohn, sondern in immer stärkerem Maße durch das Steuersystem verschlechtert wird.

3.7 Beschäftigung

Die Gesamtbeschäftigung hat sich im abgelaufenen Jahr erheblich verringert.

Beschäftigung (in 1000)

	Abhängig Beschäftigte In 1000	In %, geg. Vorjahr	darunter: Industrie	In %, g. Vorjahr

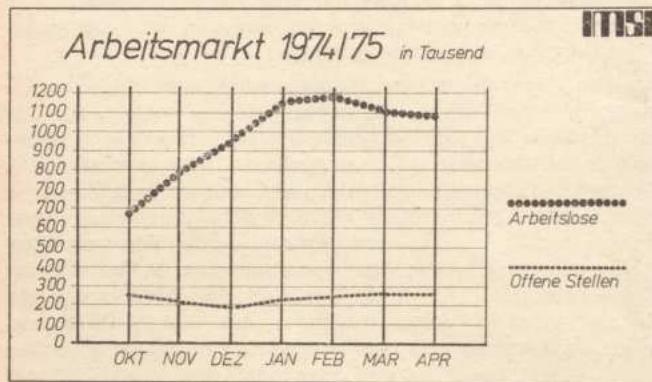
<tbl_r cells="5" ix="5" maxcspan="1

Obwohl die statistisch nicht ausgewiesene Arbeitslosigkeit offensichtlich rasch zunimmt, sinken auch die offiziellen Zahlen kaum.

Arbeitsmarkt in tausend. 1974/75

	Arbeits- lose	Zunahme geg. Vorj.	Kurz- arbeiter	Zunahme geg. Vorj.	Offene Stellen	Zunahme geg. Vorj.	Arbeits- lose saison- berein.
Okt.	672	+ 405	370	+ 302	248	- 260	805
Nov.	799	+ 467	461	+ 356	213	- 189	837
Dez.	946	+ 460	703	+ 546	194	- 98	832
Jan.	1154	+ 533	901	+ 633	221	- 87	788 ¹
Febr.	1184	+ 564	957	+ 648	246	- 85	833
März	1114	+ 552	813	+ 557	261	- 88	898
April	1087	+ 570	900	+ 689	262	- 99	1062

1 Neuberechnung der Saisonfaktoren
(Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 1/75, S. 5 u. 4/75, S. 5 u. S. 63*; HB. v. 7. 5. 75)



Seit dem Februar 1975 sind die Arbeitslosenzahlen der offiziellen Statistik leicht rückläufig. Die Bundesregierung hat diese Entwicklung zum Anlaß genommen, um eine allgemeine Verbesserung der konjunkturellen und der Beschäftigungslage zu konstatieren.

Ein Blick auf die angeführte Tabelle zeigt jedoch, daß davon keine Rede sein kann. Die Beschäftigungssituation hat sich, sieht man einmal von Saisonfaktoren ab, weiter verschlechtert. Die sonst übliche Frühjahrsbelebung ist weitgehend ausgefallen. Die ausgewiesenen Arbeitslosenzahlen sind lediglich um weniger als 100 000 seit dem Höhepunkt zurückgegangen, die Zahl der Kurzarbeiter ist sogar wieder gestiegen und liegt nur um gut 50 000 unter dem Höhepunkt vom Februar. Die Zunahme im Jahresvergleich hat im April ihre bisherige Spitze erreicht.

Selbst die schwache Frühjahrsbelebung aber gerät in ein anderes Licht, wenn der Faktor Ausländerbeschäftigung einbezogen wird.

Vom Höhepunkt der Ausländerbeschäftigung im September 1973 bis zum Dezember 1974 hat ihre Zahl um 415 000 abgenommen. Dabei liegt der Schwerpunkt der Abnahme im letzten Quartal 1974. Allein in diesem Zeitraum sind 170 000 ausländische Arbeiter abgewandert. Nimmt man einmal an, daß sich dieser Prozeß im ersten Quartal 1975 nicht mehr beschleunigt hat – Zahlen liegen noch nicht vor –, dann überwiegt die Rückwanderung ausländischer Arbeiter die leichte Abnahme der statistisch ausgewiesenen Arbeitslosen.

Je mehr sich der Prozeß der Abwanderung aber beschleunigt, desto unrealistischer werden die Arbeitslosenstatistiken. Obwohl die offiziellen Zahlen zurückgehen, kann die tatsächliche Arbeitslosigkeit zunehmen. Die Unzulänglichkeit der Arbeitsmarktstatistik weist also nicht nur die absoluten Zahlen zu niedrig aus, sie verzerrt auch die Tendenz der Entwicklung.

Auch auf längere Sicht, so zeigt die Frühjahrsprognose der Wirtschaftsforschungsinstitute, wird nicht mit einer durchgreifenden Verbesserung der Beschäftigungslage gerechnet. Für 1975 wird eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 4 Prozent, das sind rund 900 000 Arbeitslose, angenommen. Die

Zahl der Beschäftigten soll weiter um 2,5 Prozent oder um rund 550 000 zurückgehen.

Die Arbeitslosigkeit wird also zu einer Dauererscheinung, von der auch die qualifiziertesten Berufe berührt werden. So gab der Bund Deutscher Baumeister bekannt, daß derzeitig rund 10 000 angestellte Architekten und Bauingenieure ohne Beschäftigung sind, weitere 10 000 selbständige Bauplaner finden keine Aufträge mehr (HB v. 28. 4. 75).

Damit ist gegenwärtig etwa jeder fünfte Architekt ohne Arbeit. Immer deutlicher wird, daß die Beschäftigungslage auch auf längere Sicht das wirtschaftliche und soziale Hauptproblem der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik bleiben wird. Es ist weder ein nur konjunkturelles Problem noch eine Frage, die sich durch Arbeitsmarktpolitik im Sinne einer Verbesserung der beruflichen und regionalen Mobilität lösen ließe.

Das wirtschaftliche Wachstum wird sich für eine längere Periode abschwächen. Die Konzerne versuchen, trotz geringerer realer Produktionszuwächse ihre Profite aufrecht zu erhalten. Das wird zum einen dadurch erreicht, daß der Rationalisierungs- und Intensivierungsprozeß der Arbeit beschleunigt wird, um die Gestehungskosten zu senken. Gleichzeitig verschärft sich der Konkurrenzkampf sowohl zwischen monopolisierten und nichtmonopolisierten Bereichen als auch zwischen den Konzernen untereinander. Ein bedeutendes Moment dieser Konkurrenz ist der Druck auf die Beschäftigung, die Einsparung von Arbeitsplätzen. Je weniger Widerstand die Arbeiterklasse diesem Druck entgegenseetzt, desto stärker wird er werden und desto leichter wird es den Monopolen, ihre Auseinandersetzungen um Marktanteile und Monopolprofite auf dem Rücken der Arbeiter und Angestellten auszutragen.

Je entschlossener die Arbeiterklasse ihre Arbeitsplätze verteidigt – vor allem gegen die Verlagerung von Produktionen ins Ausland – und für Arbeitszeitverkürzung und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze im öffentlichen Bereich kämpft, desto eher versperrt sie den Konzernen den von ihnen angestrebten profitablen „Ausweg“ aus der Krise, den „Ausweg“ des sozialen Abbaus.

Statistische Begriffe und Abkürzungen

Index (z. B. Produktionsindex, Lebenshaltungsindex, Preisindex) = Maßziffer, die die relative Veränderung der Größe einer Erscheinung von einem Zeitraum (Basiszeitraum) zu einem anderen (Berichtszeitraum) ausdrückt. Beispiel: für den Produktionsindex wird als Basisjahr meist 1962 gesetzt. So ist dann der Produktionsumfang von 1962 = 100. In jedem folgenden Jahr wird der Produktionsumfang zu dem von 1962 in Beziehung gesetzt. So ergibt sich 1968 = 131,2, für 1969 = 147,6. Die Produktion ist so 1968 gegenüber 1962 auf 131,2% und 1969 gegenüber 1962 auf 147,6% gestiegen. Gegenüber 1968 ist die Produktion 1969 um 16,4 Indexpunkte gestiegen. Das ist nicht gleichzusetzen mit der Prozentangaben die jeweilige Vergleichszahl, meist die vorherige (hier 1968) = 100, gesetzt wird.

Tsd. = Tausend; Mio. = Million; v. H. = von Hundert (auch %); Hj. = Halbjahr; Vj. = Vierteljahr; mtl. = monatlich; D = Durchschnitt; BSP = Bruttosozialprodukt; NSP = Nettosozialprodukt.

Zeichen in Tabellen: steht anstatt einer Zahl „–“, bedeutet das: die Zahl ist gleich 0 oder fällt nicht ins Gewicht; steht anstatt der Zahl „..“, bedeutet das: die entsprechende Zahl ist noch nicht ermittelt.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Frankfurt/Main, Liebigstraße 6

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg, Köln

Abschlußtermin dieses Berichts: 17. 5. 1975 – Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, 6 Frankfurt/M., Glau-
burgstr. 66, Postf. 18 03 72; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACH-
RICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 25,- DM (einschl. Zu-
stellgebühr) enthalten. Erscheinungsweise vierteljährl. im März, Juni,
September und Dezember. Einzelpreis 1,50 DM, Jahresabonnement 7,-
DM (einschl. Zustellgebühr).

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, 404 Neuss, Xantener
Straße 7